

## »Die Wirklichkeit der Entwicklungspolitik«

Pressekonferenz  
Berlin, 12. November 2015

**Statement**  
**Albert Recknagel**  
Vorstand Programme

terre des hommes  
Deutschland e.V.

Ist die deutsche Entwicklungspolitik fit für die UN-Agenda 2030? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns in unserem diesjährigen Bericht zur Wirklichkeit der Entwicklungspolitik. Denn 2015 war und ist das Jahr der entwicklungspolitischen Weichenstellungen. Mit der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung und den Social Development Goals (SDGs) haben die Regierungen dieser Welt einen neuen Rahmen für die globale Nachhaltigkeitspolitik der kommenden 15 Jahre abgesteckt - nicht ohne unermüdlich zu betonen, dass angesichts von ungebremstem Klimawandel, sozialer Ungleichheit innerhalb der und zwischen den Gesellschaften sowie unbewältigten wirtschaftlichen und sozialen Problemen eine grundsätzliche Transformation der Konsum- und Produktionsweisen vor allem der reichen Gesellschaften notwendig sei.

terre des hommes und Welthungerhilfe begrüßen grundsätzlich die neue Agenda, denn

- sie spiegelt ein breites Entwicklungsverständnis wider
- sie basiert auf den Menschenrechten
- sie umfasst die soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimension nachhaltiger Entwicklung
- sie umfasst wichtige Aspekte von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Anders als die Millennium Development Goals ist die Agenda 2030 universell gültig. Die deutsche Politik ist damit in mindestens dreifacher Hinsicht gefordert:

- Der SDG-Katalog beinhaltet Ziele, die primär die interne Situation Deutschlands betreffen. Dazu gehören menschenrechtliche Verpflichtungen, insbesondere die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, aber auch die Rechte von Kindern und die Bereiche Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung. Dazu gehört auch der Anspruch, den Anteil der Armen in Deutschland zu halbieren und den Anteil Jugendlicher ohne Schulabschluss zu verringern.
- Die UN-Agenda erfordert auch Maßnahmen der deutschen Innenpolitik und des Umsteuerns unserer eigenen Produktions- und

Konsummuster, wo diese Auswirkungen auf die Länder des Südens haben. Dazu zählt die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs genauso wie der Umgang mit Migrantinnen und Migranten.

- Schließlich enthält der Katalog der SDGs Ziele, die die internationale Verantwortung Deutschlands betreffen. Neben den klassischen entwicklungspolitischen Verpflichtungen sind dies Bereiche globaler Strukturpolitik wie Handel, Investitionen und internationale Finanzsysteme.

Fazit:

Nach dem Verständnis der SDGs bedeutet internationale Verantwortung die Verpflichtung zu finanzieller Hilfe für die Bekämpfung von Armut und Hunger, aber auch die Umstellung der Produktions- und Konsummuster in unserem eigenen Land, um das Überleben der Armen und zukünftiger Generationen zu sichern.

Trotz mancher Schwächen und Widersprüche der Agenda ist dies im Vergleich zu den MDGs eine wichtige Perspektive.

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der Agenda wird ihre Umsetzung auf der jeweiligen nationalen Ebene durch alle Regierungen sein, die sich auf die Agenda verpflichtet haben. Die Bundesrepublik muss die globalen Ziele und Zielvorgaben an die Situation im Land anpassen und Indikatoren zur Messung von Fortschritt, Stagnation oder gar Rückschritt bestimmen, und sie muss die politischen Mittel und Wege zur Verwirklichung der Ziele sowie einen effektiven Überprüfungsmechanismus hierfür festlegen.

Ich möchte drei Punkte benennen, an denen Deutschland aus derzeitiger Sicht seine »Fitness« für die Agenda 2030 beweisen muss:

### **1. Institutionelle Neuausrichtung des BMZ als Chance zur Stärkung der Entwicklungspolitik im Kabinett**

Die Agenda 2030 bedeutet für das BMZ die Chance, sich als Ministerium für internationale Zusammenarbeit und globale Nachhaltigkeit neu zu positionieren und die zentrale Koordinierungsrolle für den SDG-Umsetzungsprozess zu übernehmen.

Wir setzen uns ein für ein gestärktes BMZ, das diese Funktion ausfüllt und dann korrigierend eingreift, wenn Regierungsentscheidungen (zum Beispiel bei bestimmten Agrarexporten, bei Rüstungsexporten oder der Exportwirtschaftsförderung) getroffen werden, die im Widerspruch zu den Nachhaltigkeitsprinzipien und Menschenrechtsstandards der Agenda stehen.

## 2. **Finanzielle Mittel für nachhaltige Entwicklung**

Auch mit den SDGs bleibt die ODA-Quote ein relevanter Maßstab zur Bewertung des Stellenwertes, den die Bundesregierung der Nachhaltigkeitsagenda beimisst. Hier stehen wir mit Blick auf 2014 gegenüber dem Vorjahr ein wenig besser da: Die Ausgaben sind um rund 1,5 Milliarden Euro auf 12,2 Milliarden Euro gestiegen, was einer ODA-Quote von 0,41 Prozent (2013: 0,38 Prozent) des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Wir fordern, dass dieser Trend sich jetzt endlich kontinuierlich fortsetzt und das 0,7-Prozent-Ziel zeitnah erreicht wird. Denn legt man den EU-Stufenplan zugrunde, sollte Deutschland die 0,7 Prozent in diesem Jahr erreichen. Davon sind wir noch sehr weit entfernt, anders als Schweden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und Großbritannien, die es 2014 geschafft haben, dieses Ziel zu verwirklichen. Wie ernst Deutschland die Verpflichtungen der Nachhaltigkeitsagenda nimmt, wird weiterhin auch an der Höhe der ODA-Quote ablesbar bleiben.

## 3. **Engagement für eine humane Flüchtlingspolitik**

Was dabei aber nicht passieren darf, ist die Ausweisung steigender ODA-Mittel ausschließlich als Folge der notwendigen verstärkten Unterstützung von Flüchtlingen in Deutschland. Natürlich begrüßen wir generell gesprochen das deutsche Engagement für Flüchtlinge, nur gehört dies nicht zum Mandat der Entwicklungspolitik, wenngleich die Kosten teilweise auf die deutsche ODA-Quote angerechnet werden können. Mit dem erheblichen Anstieg der Flüchtlingszahlen 2015 und den damit verbundenen Ausgaben vor allen Dingen in den Ländern und Kommunen ist zu erwarten, dass die deutsche ODA 2015 um mehrere hundert Millionen Euro höher ausfallen wird, für das Jahr 2016 und folgende könnte sich diese Summe weiter erhöhen. Die Orientierung am 0,7-Prozent-Ziel bezieht sich aber auf die Förderung

von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung im Rahmen der  
Entwicklungspolitik.

Natürlich gibt es einen politischen Zusammenhang zwischen der gelebten Solidarität mit Flüchtlingen und der Nachhaltigkeitsagenda: SDG 10 fordert bessere Rahmenbedingungen für eine geplante und gut gelenkte Migrationspolitik, zu der auch die deutsche Entwicklungspolitik einen Beitrag leisten kann und muss. Es gilt, die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen nicht als momentanes und abzuarbeitendes Problem, sondern als Langzeitaufgabe zu erkennen, die Deutschland in den nächsten Jahren erhalten bleiben wird und für die mehr politische wie auch finanzielle Anstrengungen erforderlich sind. Rund 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht, etwa die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Die Politik auch unserer Regierung wird hinsichtlich ihrer Zukunftsorientierung und »Agenda-Fitness« daran zu messen sein, inwieweit sie die gegenüber Flüchtlingen und Migranten in ihren Herkunftsregionen, entlang der Transitstrecke wie auch bei uns in Deutschland auf der Basis der Menschenrechte handelt. Die Bundesregierung ist genau wie die gesamte internationale Gemeinschaft gefordert, die Beiträge für Welternährungsprogramm und UN-Flüchtlingskommissariat so auszustatten, dass die Flüchtlinge in den nahöstlichen Krisenregionen und Anrainerstaaten Syriens angemessen betreut werden können. Als Organisation, die zahlreiche Projekte für Flüchtlingskinder in Deutschland unterstützt, fordert terre des hommes von der Bundesregierung eine Erweiterung der Kapazitäten der Kinder- und Jugendhilfe in den Städten und Kommunen bei der Betreuung und Förderung minderjährige Flüchtlinge und ihrer Integration in Kindergärten und Schulen. Auf EU-Ebene muss sich Deutschland endlich für legale Zuwanderungsmöglichkeiten stark machen und sich entschlossen dem unwürdigen Verschieben umherirrender Flüchtlinge zwischen verbarrikadierten europäischen Ländern widersetzen.